

**Haushaltsrede der SPD-Fraktion Löhne zum Haushalt 2013,
gehalten durch den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Böhm
am 28.11.2012**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Rates, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Gäste!

Vorwort

Es ist ein jährliches Prozedere, mit den Haushaltsreden noch einmal Akzente zu setzen, letzten Schliff an den Haushalt zu legen, ihn durch Anträge ggf. noch zu beeinflussen. Mit der Verabschiedung des Haushaltssicherungsplanes ist hier aber ein deutlicher Schritt schon gemacht worden. Und das ist noch gar nicht lange her! Somit haben wir die Grundlage für unseren Haushalt schon auf den Weg gebracht. Es ist gut, dass es den fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei mit unserem Kämmerer Herrn Poggemöller an der Spitze gelungen ist, nach der Umstellung auf NKF diesen Haushalt für das Jahr 2013 nun schon vorzulegen. Für diese umfassende Arbeit gilt unser Dank und größter Respekt!

Zum letzten Haushalt habe ich mich ausdrücklich bei den gesamten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Rathaus bedankt, die, auf einer Großbaustelle lebend, hier immer noch mit großem Einsatz aber unter schwierigsten Bedingungen für die Bürger der Stadt Löhne gearbeitet haben. Hier ist zum Glück Besserung in Sicht, auch wenn die Maßnahmen innen noch nicht abgeschlossen sind, ja, teilweise erst beginnen. Zeigen Sie weiter große Geduld, ich kann an dieser Stelle nur noch einmal großes Verständnis und größten Respekt für diese für Sie so schwierige Zeit zeigen.

Was ist anders als beim letzten Haushalt? Durch den von der rot-grünen Landesregierung in Gang gebrachten Stärkungspaktprozess sehen wir helles Licht am Ende des Tunnels. Es ist eben nicht das Licht des entgegenkommenden Zuges, wie man gern ironisch/süffisant um die Ohren gehauen bekommt, um sich selbst schadlos zu halten. Dieses Licht beschert uns mehr politische Handlungsmöglichkeiten. Es gibt uns ein Stück kommunaler Selbstverwaltung zurück.

Den Teufelskreis aus struktureller Unterfinanzierung und immer höheren Kassenkrediten können wir durchbrechen, auch wenn die Ernüchterung angesichts der Zahlen, Daten und Fakten groß ist. Es ist deutlich, dass die Zitrone nicht nur bereits ausgepresst war, selbst die Schale ließ sich kaum noch abreiben. Da gab es dann vorher immer ein Vergeblichkeitsgefühl. Nun gibt es diesen Perspektivplan, allerdings mit allen Unwägbarkeiten.

Konnexitätsprinzip

Wo drückt uns der Schuh? Es sind viele Punkte, die auch die Stadt Löhne belasten. Das Konnexitätsprinzip, also wer die Musik bestellt, der bezahlt auch, ist von Bund wie auch Land immer wieder durchbrochen worden. Ein Hemmnis sind aber auch die gesetzlichen Vorgaben. Das Grundgesetz sieht direkte Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen nur ausnahmsweise vor, da die Kommunen staatsrechtlich als Teil der Länder betrachtet werden. Direkte Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen sollten aber zum Kostenausgleich solcher Aufgaben ermöglicht werden, die der Bund den Gemeinden zugewiesen hat oder zuweist. Nur diesem Umstand ist es geschuldet, dass die erstatteten Kosten für die Grundsicherung im Alter beim Kreis verblieben sind, somit ist eine Entlastung für Löhne in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro nicht möglich.

Grundsätzlich sind nicht nur die Dinge im Löhner Haushalt zu ändern, auch auf anderen Ebenen sind Reformen dringend notwendig. Lange genug hat sich insbesondere der Bund davor gedrückt. Änderungen könnten sein:

- Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen überprüfen
- Sozialausgaben durch den Bund tragen
- Solidarität zwischen den Ländern erhalten, Eigenverantwortung stärken
- Altschulden aller Ebenen über einen gemeinsamen Fonds tragen
- Stellung der Kommunen im Grundgesetz stärken
- Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen erlauben
- Steuereinnahmen erhöhen, Aufgabenkritik umsetzen

Dieses Szenario ist nun nicht irgendwo sondern bei der Bertelsmann-Stiftung entstanden, die mehrere Expertisen zur Finanzsituation angefertigt hat.

Offensichtlich sind, auch in Löhne, nicht alle Dinge hausgemacht, wie es gern und oft suggeriert wird.

„Das Grundgesetz garantiert in Art. 28 die kommunale Selbstverwaltung. Dies bedeutet, dass den Kommunen neben der Pflicht zur Ausführung übertragener Aufgaben Spielraum verbleiben muss, Angelegenheiten vor Ort nach den Präferenzen der Bürger auszurichten und freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Diese Handlungsspielräume können jedoch nur erhalten bleiben, wenn die Kommunen nicht von der finanziellen Last übertragener Aufgaben erdrückt werden.“ Dieses Recht, von der Bertelsmann-Stiftung so formuliert, fordern wir ein.

Somit befreien wir uns von Unterfinanzierung auf Dauer nur, wenn der Bund endlich die Aufgaben durchfinanziert, die er den Kommunen aufs Auge drückt. Anders wären erhebliche Steuereinbrüche und deutliche Zinssteigerungen nicht aufzufangen.

Kreis Herford

Unter diesem finanziellen Blickwinkel ist also konsequenter Weise zu fordern, dass Mittel, die der Bund den Kommunen überweist, nicht an anderer Stelle vereinnahmt werden. Für die SPD-Fraktion kann es nur die Konsequenz haben, dass der Kreis seine Umlage senkt. Dies

gilt umso mehr, als in den Umlagekommunen 140 Millionen Euro Kassenkredite aufgelaufen sind, übrigens davon allein 40 Millionen in Herford, aber 39 Millionen beim Kreis als Liquiditätsreserve vorgehalten werden. Einen entsprechenden Antrag legen wir vor.

Beispiel Langenfeld

Gern werden Vergleiche mit anderen Kommunen gezogen. Anhand von Kennzahlen werden Ziele formuliert. Dass ist hilfreich, aber nicht immer richtig. Die Verhältnisse von Kommunen spielen hier immer wieder eine diffizile Rolle. Gern wird in diesem Zusammenhang die Stadt Langenfeld genannt, beachtenswert sicherlich, dass sie schuldenfrei ist und über einen mittlerweile soliden Haushalt verfügt. Doch der Slogan „1 – 2 – 3 – schuldenfrei“ dient sicher nur dem Verkauf von Büchern des ehemaligen Bürgermeisters. Ehrenwert sind die Anstrengungen, die Voraussetzungen aber haben mit Löhne rein gar nichts zu tun. Dank der günstigen geographischen Lage zu den Städten Köln, Leverkusen, Solingen und Düsseldorf, in Verbindung mit den guten Verkehrsanbindungen liegt die Stadt zweifelsohne im Speckgürtel von Schlüsselkommunen. Bemerkenswert war die Entscheidung, in den 80er Jahren das komplette Gelände der abgewickelten Firma Mannesmann zu kaufen und hier Industrie anzusiedeln. Ein Glücksfall vom Gelände her, der in Löhne nicht zu erkennen ist. Nur deshalb sind einige Daten zu erzielen, die ein Wirtschaften beträchtlich einfacher machen. Der Haushaltsplan 2012 hat an Erträgen 144,5 Millionen Euro vorgesehen, in Löhne ist es nur die Hälfte. Bei einem Gewerbesteuersatz von 360 von Hundert (im Vergleich Löhne mit 410%) schwimmen 55 Millionen Euro in die Kasse der Rheinländer, in Löhne kommen da nur 16 Millionen an. Bei einer Steuerquote von 67 % (Löhne 53 %) gibt die Kommune 34,6 Millionen für Personalkosten und Versorgungsaufwendungen aus, Löhne fast nur die Hälfte (18,6 Millionen). Interessant ist auch noch ein Blick auf die Personalstellen. 630 sind es in Langenfeld, 292,68 in unserer Heimat. Wenn man die Einnahmen mit den Ausgaben in Relation setzt, dann scheinen die Werte für unsere Stadt Löhne wohl doch nicht so schlecht zu sein. Der Respekt ist allerdings da, dass in

Langenfeld sehr ordentlich gewirtschaftet wird, bei den entsprechenden Voraussetzungen ist das aber sicherlich einfacher. Somit ist der Weg von Löhne, das weitere Gewerbegebiet „Am Wiehen“ auszuweisen und alles daran zu setzen, das Gewerbegebiet Scheidkamp zu erweitern und an die Autobahn anzubinden, einzig richtig. Diese Maßnahmen werden unter dem Druck der Regionalplanung bei der Bezirksregierung Detmold durchgeführt. Großflächige neue Gewerbeflächen kann und darf die Stadt Löhne nicht mehr erschließen.

Blickpunkt Löhne

Ich möchte nun wieder intensiver den Blick auf unsere Stadt lenken. Seit Monaten wird behauptet, die Stadt Löhne hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Am Beispiel Langenfeld ist dies schon zu widerlegen, doch in aller Deutlichkeit: Wenn einer Stadt, auch einer Kommune mit besten Einnahmen, von einem auf den anderen Tag 7 Millionen eingeplante Mittel durch veränderte Schlüsselzuweisungen fehlen, dann kann man wohl kaum von einem Ausgabeproblem reden. Auch der Kreis bekommt, ich habe es bereits dargestellt, rund 660 000 Euro mehr Umlage, ohne Erhöhung der Kreisumlage.

Da geraten wir schnell in Dimensionen, die schwer mit einem Haushaltssanierungsplan zu vereinbaren sind.

Doch wollen wir resignieren und unseren Bürgern sage: Tut uns leid, wir streichen alle freiwilligen Leistungen, Löhne hat dann eben keine Musikschule mehr, das Büchereiwesen wird zusammengestutzt, Vereine erhalten keine Förderungen mehr für ihre ehrenamtliche Arbeit, und der Dinge mehr? Hier sagen wir, Löhne muss sich auch als lebenswert bestätigen, Bildungseinrichtungen, sportliche und kulturelle Leistungen sind Teil unseres Miteinanders. Wenn dieses beiseite gelegt wird, dann ist die Attraktivität Löhnes für Arbeitgeber und für Familien gefährdet. Augenmaß im Rahmen der Haushaltsicherung ist also angesagt, mit wenigen Mitteln zielgerichtet die Stadt weiter entwickeln. Somit ist die Konsolidierung

der eine große Bereich, doch Löhne weiter lebenswert machen, das ist ein anderer.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die CDU im Kulturausschuss vorschlägt, „statt eine Stadtbücherei zu finanzieren auch jeden Bürger dieser Stadt mit einem 10 Euro-Amazon-Gutschein auszustatten“. Welche geistige Grundidee steht dahinter, was für ein Förderungsverständnis von Bildung kommt aus dieser Ecke. Das Recht auf Bildung ist erkämpft worden und es muss offensichtlich wieder jeden Tag aufs Neue erkämpft werden.

Der Antrag der SPD zur Situation der Stadtteilbibliotheken soll dem Rechnung tragen, dass die Verzahnung der drei Stadtteilbibliotheken mit den Schulen, also den unmittelbaren Bildungseinrichtungen, intensiviert wird. Vielleicht wird dadurch auch der finanzielle Bedarf anders kanalisiert.

Mit großem Bahnhof ist die Stadt Löhne mit dem Gewässerentwicklungsprojekt Weser.Werre.Else ausgezeichnet worden. Renaturierung, der Ausbau von Retentionsflächen, all das ist in den letzten Jahren Thema gewesen. Bisher hat die Stadt konsequent von den Fördermitteln profitiert, hat Bäche in einen gewässertechnisch ausgezeichneten Zustand gebracht und viele Sünden der Vergangenheit – und da in Einklang mit den Anliegern – beseitigt. Unser bereits vorgelegter Antrag zur Renaturierung der Werreaue in Verbindung mit dem notwendigen Deichbau in Gohfeld ist eine wichtige Maßnahme und für die Stadt kostenneutral. Es entstehen weitere von den europäischen Wasserrichtlinien geforderte Retentionsflächen, zudem erleben wir eine Qualitätssteigerung der Naherholungsräume. Schon jetzt möchten wir hier deutlich machen, dass wir gewillt sind, diesen Weg weiter zu gehen. Und wenn die Aue weiter gestaltet werden kann, ohne dass das Löhner Haushaltssicherungskonzept aufgeweicht werden muss, dann muss diese Entwicklung voran getrieben werden. Das sind wir unseren Erben schuldig. Somit warten wir auch mit Spannung auf die Entscheidung der Stadt Bad Oeynhausen zur Absenkung des

Sielwehres. Hier steckt für die Stadt Löhne viel positives Entwicklungspotential.

Viel Geld hat die Stadt Löhne in den letzten Jahren in die Hand genommen, um die Schulbauten auf einen energetischen Stand zu bringen, um dem umfangreichen Brandschutz Genüge zu tun. Hier liegen weitere Aufgaben vor uns. Aber ein Blick in die Heizungsanlagen vieler öffentlicher Gebäude zeigt, dass auch saniert werden muss, dass hier große Einsparpotentiale liegen. Mit einem Antrag zur Kesselsanierung setzen wir hier an, wir wollen auch, dass Partner mit in das Boot geholt werden.

Dass wir in der Gestaltung unseres Haushaltes nur begrenzte Möglichkeiten haben, das ist natürlich spätestens nach Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes deutlich. Doch wenn man wenigstens etwas für Sorgenkinder tun kann, dann sollte es versucht werden. 300 000 Euro hat die Verwaltung für die Sanierung von Straßen im Haushalt eingestellt, durch Verschiebung im Haushalt von eingesparten Aufwendungen für Dienstleistungen aus der Sparte Service könnten hier weitere 50 000 Euro bei diesem Produkt eingebracht werden. Auch dieser Antrag der SPD liegt vor.

Fazit

Fazit: Für die SPD liegt ein Haushaltsentwurf vor, der in dieser Form unsere Zustimmung findet. Wir haben uns die Aufgaben selbst gestellt und wollen sie abarbeiten. Allerdings erwarten wir auch von Land und Bund wie den Umlagebehörden erhebliche Anstrengungen, um diesen Weg zu begleiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.